Satzungstext 2006	Satzungstext neu	Anmerkungen
<p>Aufgrund des § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2001 (GVBL. I S. 154) zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22. Juni 2005 (GVBl. I/05 S.210), in Verbindung mit § 81 Abs. 4 der Brandenburgischen Bauordnung vom 16. Juli 2003 (GVBl. I/03 S. 210) geändert durch das Gesetz vom 09. Oktober 2003 (GVBl. I S. 273) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde folgende Satzung beschlossen:</p>	<p>Gemäß § 3 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl.I/07, [Nr. 19], S.286), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2021 (GVBl.I/21, [Nr. 21] in Verbindung mit § 49 Abs. 1 und § 87 Abs. 4,5 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) in der Fassung vom 15. November 2018, zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Februar 2021 (GVBl.I/21, [Nr. 5]) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde folgende Satzung beschlossen:</p>	<p>Die Stellplatzsatzung wird an die Brandenburgische Bauordnung angepasst und aktualisiert.</p>
<p>§ 1 Geltungsbereich</p> <p>(1) Die Satzung gilt im gesamten Stadtgebiet der Stadt Luckenwalde mit ihren Ortsteilen Frankenfelde und Kolzenburg. Soweit Bebauungspläne oder vorhabenbezogene Bebauungspläne örtliche Bauvorschriften über die Herstellung notwendiger Stellplätze enthalten, gelten diese allein oder in Verbindung mit den Festlegungen dieser Satzung. Bebauungspläne, die solche örtlichen Bauvorschriften enthalten, werden nachrichtlich in der Anlage 2 aufgelistet.</p> <p>(2) Die Satzung gilt für die Errichtung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen sowie anderen Anlagen, bei denen ein Zu- und Abgangsverkehr mittels Kraftfahrzeugen zu erwarten ist. Die Erweiterung vorhandener baulicher oder anderer Anlagen steht dabei der Errichtung gleich.</p>	<p>§ 1 Geltungsbereich</p> <p>(1) Die Satzung gilt im gesamten Stadtgebiet der Stadt Luckenwalde mit ihren Ortsteilen Frankenfelde und Kolzenburg. Soweit Bebauungspläne oder vorhabenbezogene Bebauungspläne örtliche Bauvorschriften über die Herstellung notwendiger Stellplätze enthalten, gelten diese allein oder in Verbindung mit den Festlegungen dieser Satzung. Bebauungspläne, die solche örtlichen Bauvorschriften enthalten, werden nachrichtlich in der Anlage 2 aufgelistet.</p> <p>(2) Die Satzung gilt für die Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen sowie anderen Anlagen, bei denen ein Zu- und Abgangsverkehr mittels Kraftfahrzeugen oder mittels Fahrrädern zu erwarten ist. Die Erweiterung vorhandener baulicher oder anderer Anlagen steht dabei der Errichtung gleich.</p>	

<p>§ 2 Pflicht zur Herstellung notwendiger Stellplätze</p> <p>(1) Bei der Errichtung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen, bei denen ein Zu- oder Abgangsverkehr mittels Kraftfahrzeugen zu erwarten ist, müssen die notwendigen Stellplätze gemäß der Anlage 1 dieser Satzung hergestellt werden.</p> <p>(2) Bei Nutzungsarten, die in Anlage 1 dieser Satzung nicht genannt, jedoch mit einer genannten Nutzungsart vergleichbar sind, ist der Stellplatzbedarf nach den besonderen Verhältnissen im Einzelfall unter sinngemäßer Berücksichtigung der Richtzahlen für Nutzungsarten mit vergleichbarem Stellplatzbedarf zu ermitteln.</p> <p>(3) Bei baulichen Anlagen mit regelmäßigem An- und Auslieferungsverkehr kann zusätzlich eine ausreichende Anzahl von Stellplätzen für Lastkraftwagen verlangt werden.</p>	<p>§ 2 Pflicht zur Herstellung notwendiger Stellplätze</p> <p>(1) Bei der Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung von baulichen Anlagen, bei denen ein Zu- oder Abgangsverkehr mittels Kraftfahrzeugen und Fahrrädern zu erwarten ist, müssen die notwendigen Stellplätze gemäß der Anlage 1 dieser Satzung hergestellt und jederzeit benutzbar gehalten werden.</p> <p>(2) Bei der Nutzungsänderung einer baulichen Anlage sind nur die Stellplätze nach Anlage 1 dieser Satzung herzustellen, die notwendig sind, um die infolge der Nutzungsänderung zusätzlich zu erwartenden Kraftfahrzeuge und Fahrräder aufnehmen zu können.</p> <p>(3) Bei Nutzungsarten, die in Anlage 1 dieser Satzung nicht genannt, jedoch mit einer genannten Nutzungsart vergleichbar sind, ist der Stellplatzbedarf nach den besonderen Verhältnissen im Einzelfall unter sinngemäßer Berücksichtigung der Richtzahlen für Nutzungsarten mit vergleichbarem Stellplatzbedarf zu ermitteln.</p> <p>(4) Bei baulichen Anlagen mit regelmäßigem An- und Auslieferungsverkehr kann zusätzlich eine ausreichende Anzahl von Stellplätzen für Lastkraftwagen verlangt werden.</p>	<p>Stellplätze für Fahrräder neu aufgenommen</p> <p>Klarstellung</p>
---	--	--

<p>(4) Bei baulichen Anlagen, bei denen ein Besucherverkehr mit Autobussen oder Motorrädern zu erwarten ist, kann zusätzlich eine ausreichende Anzahl von Stellplätzen für Autobusse oder Motorräder verlangt werden.</p>	<p>(5) Bei baulichen Anlagen, bei denen ein Besucherverkehr mit Autobussen oder Motorrädern zu erwarten ist, kann zusätzlich eine ausreichende Anzahl von Stellplätzen für Autobusse oder Motorräder verlangt werden.</p> <p>(6) Die Stellplätze für Kraftfahrzeuge sind vorzugsweise mit wasser- und luftdurchlässigem Aufbau herzustellen, soweit andere gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen. Breite und Größe der Stellplätze richten sich nach der Brandenburgischen Garagen- und Stellplatzverordnung (BbgGstV9 in der gültigen Fassung).</p> <p>(7) Fahrradstellplätze sind im Regelfall in Eingangsnähe, witterungsgeschützt anzuordnen und müssen von der öffentlichen Verkehrsfläche aus ebenerdig oder über Rampen verkehrssicher zu erreichen sein. Jeder Fahrradstellplatz muss einzeln zugänglich sein. Fahrradstellplätze sind so zu gestalten, dass hinsichtlich Laufradgrößen und Reifengrößen unterschiedliche, allgemein übliche, Fahrradtypen standsicher abgestellt werden können.</p>	<p>Berücksichtigung ökologischer Bauweise / Regenversickerung vor Ort</p> <p>Noch mehr Regelungen möglich! § 87(5) BbgBO z.B. Bei Aufstellung außerhalb abgeschlossener Räume ist eine Abschließmöglichkeit des Fahrradrahmens sowie mindestens eines Laufrades zu gewährleisten. Die verwendeten Fahrradständer müssen einen ausreichenden Abstand zwischen den abgestellten Fahrrädern gewährleisten, dass diese mindestens 70 cm bei ebenerdiger Einstellung und min. 50 cm bei abwechselnder Hoch-/Tiefstellung auseinander stehen.</p> <p>.... sollen gut einsehbar sowie ausreichend beleuchtet sein.</p> <p>Schaffung von Abstellplätzen für Anforderungen von Sonderfahrrädern z.B. Lastenräder bzw. Fahrräder mit Anhängern (Kitabereich und Großflächen).</p> <p>Stellplatzmöglichkeiten für Kinderfahrräder im Bereich von Kindertagesstätten - ein Platz pro Gruppenraum - herstellen.</p>
---	--	--

<p>(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend bei der Errichtung oder Nutzungsänderung anderer Anlagen, bei denen ein Zu- und Abgangsverkehr mittels Kraftfahrzeugen zu erwarten ist.</p>	<p>(8) Die Absätze 1 bis 7 gelten entsprechend bei der Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung anderer Anlagen, bei denen ein Zu- und Abgangsverkehr mittels Kraftfahrzeugen und Fahrrädern zu erwarten ist.</p>	
<p>§ 3 Ermittlung des Stellplatzbedarfs bei der Errichtung baulicher Anlagen</p> <p>(1) Soweit der Stellplatzbedarf nach der Fläche zu bemessen ist, sind die Flächen nach DIN 277-1:1987-06 zu ermitteln. Für die Berechnung der Wohnfläche gilt § 2 der VO zur Berechnung der Wohnfläche vom 25.11.2003 (BGBl. S. 2346).</p> <p>(2) Bei baulichen oder sonstigen Anlagen mit unterschiedlicher Nutzung ist der Bedarf für die jeweilige Nutzungsart getrennt zu ermitteln. Erfolgen unterschiedliche Nutzungen zu verschiedenen Tageszeiten, so ist eine zeitlich gestaffelte Mehrfachnutzung der Stellplätze zulässig. Es muss rechtlich gesichert sein, dass eine Mehrfachnutzung sich zeitlich nicht überschneidet. Bei einer zeitlich gestaffelten Mehrfachnutzung ist die Nutzungsart mit dem größten Stellplatzbedarf maßgebend.</p>	<p>§ 3 Ermittlung des Stellplatzbedarfs bei der Errichtung baulicher Anlagen</p> <p>(1) Soweit der Stellplatzbedarf nach der Fläche zu bemessen ist, sind die Flächen nach DIN 277 in der gültigen Fassung zu ermitteln. Für die Berechnung der Wohnfläche gilt die Verordnung zur Berechnung der Wohnfläche (Wohnflächenverordnung – WoFIV) in ihrer gültigen Fassung.</p> <p>(2) Bei baulichen oder sonstigen Anlagen mit unterschiedlicher Nutzung ist der Bedarf für die jeweilige Nutzungsart getrennt zu ermitteln. Erfolgen unterschiedliche Nutzungen zu verschiedenen Tageszeiten, so ist eine zeitlich gestaffelte Mehrfachnutzung der Stellplätze zulässig. Es muss rechtlich gesichert sein, dass eine Mehrfachnutzung sich zeitlich nicht überschneidet. Bei einer zeitlich gestaffelten Mehrfachnutzung ist die Nutzungsart mit dem größten Stellplatzbedarf maßgebend.</p>	<p>Aktualisierung</p>

	<p>(3) Bei Vorhaben mit einem regulären Stellplatzbedarf von mindestens 20 sind mindestens 10% der Stellplätze mit einer Stromzuleitung für die Ladung von Elektrofahrzeuge zu versehen.</p> <p>(4) Von den zu errichtenden Stellplätzen sind 10% barrierefrei anzulegen. Ab einer Zahl von 5 Stellplätzen ist mindestens einer behindertengerecht herzustellen.</p> <p>(5) Bis zu einem Fünftel der notwendigen Stellplätze können durch Abstellplätze für Fahrräder ersetzt werden. Dabei sind für die notwendigen Stellplätze vier Abstellplätze für Fahrräder herzustellen; diese werden zur Hälfte auf die Verpflichtung nach § 2 (1) dieser Satzung angerechnet.</p> <p>(6) Bei Einfamilienhäusern und Mehrfamilienhäusern können die erforderlichen Stellplätze gemäß Anlage 1 dieser Satzung durch je 2 Fahrradstellplätze pro Kfz-Stellplatz ersetzt werden.</p>	<p>Berücksichtigung von Elektromobilität</p> <p>Barrierefreiheit gemäß § 50 Abs. 2 bis 4 BbgBO</p> <p>Die barrierefreie Erreichbarkeit der Stellplätze muss sichergestellt sein.</p> <p>Ermächtigt durch § 87 (4) BbgBO</p>
<p>§ 4 Ermittlung des Stellplatzbedarfs bei der Nutzungsänderung baulicher oder sonstiger Anlagen</p> <p>(1) Bei einer Nutzungsänderung einer baulichen oder sonstigen Anlage ist der Stellplatzbedarf neu zu ermitteln.</p>	<p>§ 4 Ermittlung des Stellplatzbedarfs bei der Nutzungsänderung baulicher oder sonstiger Anlagen</p> <p>(1) Bei einer Nutzungsänderung einer baulichen oder sonstigen Anlage ist der Stellplatzbedarf neu zu ermitteln.</p>	

<p>(2) Der Bestand an tatsächlichen vorhandenen oder durch Stellplatzablösevertrag abgelösten notwendigen Stellplätzen wird angerechnet.</p>	<p>(2) Der Bestand an tatsächlichen vorhandenen oder durch Stellplatzablösevertrag abgelösten notwendigen Stellplätzen wird angerechnet.</p>	
<p>§ 5 Zulassung einer Abweichung von den Richtzahlen; Minderung des Stellplatzbedarfs</p> <p>(1) Die Anzahl der notwendigen Stellplätze kann im Einzelfall verringert werden, wenn verkehrliche, wirtschaftspolitische oder städtebauliche Gründe dies erfordern oder zulassen.</p> <p>(2) Die Anzahl der notwendigen Stellplätze kann um maximal 50 Prozent verringert werden, wenn das Vorhaben in nicht mehr als 300 m fußläufiger Entfernung von den Haltestellen regelmäßig verkehrender öffentlicher Personennahverkehrsmittel entfernt ist. Regelmäßig verkehrt ein Personennahverkehrsmittel, wenn es in der Zeit von 6 Uhr bis 22 Uhr in einer Taktfolge von maximal 20 Minuten verkehrt. Das Ergebnis ist auf ganze Zahlen aufzurunden.</p>	<p>§ 5 Zulassung einer Abweichung von den Richtzahlen; Minderung des Stellplatzbedarfs</p> <p>(1) Die Anzahl der notwendigen KfZ- und Fahrradstellplätze können im Einzelfall verringert werden, wenn verkehrliche, wirtschaftspolitische oder städtebauliche Gründe dies erfordern oder zulassen.</p> <p>(2) Die Anzahl der notwendigen Stellplätze kann um maximal 50 Prozent verringert werden, wenn das Vorhaben in nicht mehr als 300 m fußläufiger Entfernung von den Haltestellen regelmäßig verkehrender öffentlicher Personennahverkehrsmittel entfernt ist. Regelmäßig verkehrt ein Personennahverkehrsmittel, wenn es in der Zeit von 6 Uhr bis 22 Uhr in einer Taktfolge von maximal 20 Minuten verkehrt. Das Ergebnis ist auf ganze Zahlen aufzurunden.</p>	<p>in Luckenwalde nicht darstellbar..... Vorschlag: Während der <u>Hauptverkehrszeit (6-20 Uhr) Mo-Fr</u> in einer Taktfolge von maximal 30 min... Hier evtl. mit Zonen arbeiten? - Teilraum Karree - Teilraum Petrikirchplatz - Teilraum Innenstadt</p>
<p>§ 6 In-Kraft-Treten</p> <p>Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.</p>	<p>§ 6 In-Kraft-Treten</p> <p>Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.</p>	

Anlage 1

Zahlen für den Stellplatzbedarf

Nr.	Nutzungsarten	Zahl der Stellplätze für Kfz	Bezugsgröße	Zahl der Fahrrad-abstellplätze
1	Wohngebäude			
1.1	Einfamilienfamilienhäuser	1	je Wohnung	2
1.2	Mehrfamilienhäuser	1	je Wohnung	1
1.3	Seniorenwohnungen/ betreutes Wohnen	1	je 5 Wohnungen	1
1.4	Wochenend- und Ferienhäuser	1	je Wohnung	1
1.5	Kinder- und Jugendwohnheime	1	je 15 Betten	8
1.6	Seniorenheime	1	je 10 Betten	1
1.7	Sonstige Wohnheime	1	je 2 Betten	2
2	Gebäude mit Büro-, Verwaltungs- und Praxisräumen			
2.1	Büro- und Verwaltungsräume allgemein	1	je 40 m² Nutzfläche	1
2.2	Räume mit erheblichem Besucherverkehr (Schalter-, Abfertigungs-, Beratungsräume, Kanzleien oder Praxen)	1	je 30 m² Nutzfläche	0,7
3	Verkaufsstätten			
3.1	Läden, Geschäftshäuser	1	je 50 m² Nutzfläche	1
3.2	Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe, sonstige großflächige Handelsbetriebe gem. § 11 Abs. 3 BauNVO	1	je 20 m² Nutzfläche	0,2
4	Versammlungsstätten (außer Sportstätten und Gaststätten) und Kirchen			
4.1	Versammlungsstätten von überörtlicher Bedeutung (wie Theater, Konzerthäuser, Mehrzweckhallen, Kongresszentren, Kinos)	1	je 10 Besucherplätze	1
4.2	Sonstige Versammlungsstätten (wie Filmtheater, Vortragssäle)	1	je 8 Besucherplätze	0,5
4.3	Kirchen	1	je 30 Besucherplätze	2
5	Sportstätten			
5.1	Sportplätze, Trainingsplätze	1	je 300 m² Sportfläche	1
5.2	Freibäder und Freiluftbäder	1	je 300 m² Grundstücksfläche	2
5.3	Spiel- und Sporthallen	1	je 100 m² Hallenfläche	1
5.4	Hallenbäder	1	je 50 m² Hallenfläche	1
5.5	Tennisplätze	2	je Spielfeld	2
5.6	Sportstätten nach 5.1 bis 5.5 mit Besucherplätzen	1	je 15 Besucherplätze zusätzlich zu 5.1 bis 5.5	1
5.7	Tribünenanlagen in Sportstätten	1	je 10 Tribünenplätze zusätzlich zu 5.1 bis 5.5	1
5.8	Minigolfplätze	6	je Minigolfanlage	3
5.9	Kegel-, Bowlingbahnen	4	je Bahn	3
5.10	Bootshäuser und Bootsliegeplätze	1	je Bootsliegeplatz oder Boot	--

5.11	Golfplätze	5	je Loch	0,5
6	Gaststätten und Beherbergungsbetriebe			
6.1	Gaststätten, Vereinsheime, Clubhäuser o.ä.	1	je 20 m² Gastraumfläche	0,5
6.2	Diskotheiken	1	je 10 m² Gastraumfläche	0,5
6.3	Beherbergungsbetriebe wie Hotels, Pensionen, Kurheime	1	je 10 Betten	0,5 je Gästezimmer
6.4	Jugendherbergen	1	je 10 Betten	2
7	Krankenanstalten			
7.1	Krankenhäuser von überörtlicher Bedeutung, Privatkliniken, Universitätskliniken	1	je 3 Betten	0,5
7.2	Krankenhäuser von örtlicher Bedeutung	1	je 6 Betten	0,5
7.3	Sanatorien, Kuranstalten, Anstalten für langfristig Kranke	1	je 5 Betten	0,2
7.4	Pflegeheime	1	je 10 Betten	0,5
8	Schulen, Einrichtungen der Jugendförderung			
8.1	Grund-, Sonderschulen	1	je Klasse	3
8.2	Sonstige allgemein bildende Schulen (wie Gymnasium)	2	je Klasse	8
8.3	Berufsschulen, Berufsfachschulen	5	je Klasse	5
8.4	Fachschulen, Hochschulen	1	je 5 Schüler, Studenten	1
8.5	Kindergärten, Kindertagesstätten und dergleichen	1	je Gruppenraum	3
8.6	Jugendfreizeitheime und dergleichen	2	je Freizeiteinrichtung	2
9	Gewerbliche Anlagen			
9.1	Handwerks- und Industriebetriebe	1	je 60 m² Nutzfläche	1
9.2	Lagerräume, Lagerplätze, Ausstellungs- und Verkaufsplätze	1	je 100 m² Nutzfläche	1
9.3	Kraftfahrzeugwerkstätten	6	je Wartungs- oder Reparaturstand	0,5
9.4	Tankstellen mit Pflegeplätzen	5	je Pflegeplatz	0,5
9.5	Automatische Kraftfahrzeugwaschanlage	5	je Waschanlage	--
9.6	Kraftfahrzeugwaschplätze zur Selbstbedienung	3	je Waschplatz	--
9.7	Automatische Kraftfahrzeugwaschstraße	5	je Waschplatz, zusätzlich ein Stauraum für mindestens 10 Kraftfahrzeuge	--
10	Verschiedenes			
10.1	Kleingartenanlagen	1	je 3 Kleingärten	--
10.2	Spiel- und Automatenhalle	1	je 10 m² Nutzfläche	0,5
10.3	Friedhöfe, auch Tierfriedhöfe	1	je 5.000 m² Grundstücksfläche	1
10.4	Unter Nr. 2.1 bis Nr. 9.7 nicht genannte Nutzungen	1	je 30 m² Nutzfläche	1

Anlage 2

Liste der rechtskräftigen Bebauungspläne und vorhabenbezogenen Bebauungspläne, die örtliche Bauvorschriften gemäß § 87 Abs. 9 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) enthalten:

1. Bebauungsplan Nr. 12a/94 Nuthe-Innenstadt Nord
2. Bebauungsplan Nr. 32/2004 Gewerbehof Luckenwalde
3. Bebauungsplan Nr. 34/2008 Solarkraftwerk Luckenwalde
4. Bebauungsplan Nr. 46/2019 Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Frankenfelde Nr. 4 "Holz-Hollander"

Satzungstext 2014	Satzungstext neu	Anmerkungen
<p>Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde hat aufgrund der §§ 3 und 28 Abs. 2 Nr. 9 der Kommunalverfassung für das Land Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBL. I/07[Nr. 19] S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Mai 2013 (GVBL. I/13, [Nr. 18] und § 81 Abs. 4 der Brandenburgischen Bauordnung BbgBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. September 2008 [GVBl. I/08, [Nr. 14], S.226), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. November 2010 (GVBl. I/10, [Nr. 39]) in ihrer Sitzung vom 11.03.2014 folgende Satzung beschlossen:</p>	<p>Gemäß § 3 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I/07, [Nr.19], S 286) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23.Juni 2021 (GVBl. I/21, [Nr. 21] und des § 87 Abs. 4 Nr. 3 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) in der Fassung vom 15.November 2018, zuletzt geändert durch Gesetz vom 09.Februar 2021 (GVBl. I/21, [Nr.5]) hat die Stadtverordnetenversammlung folgende Satzung beschlossen:</p>	<p>Anpassung</p>
<p>§ 1 Räumlicher Geltungsbereich</p> <p>(1) Die Satzung gilt im gesamten Gemeindegebiet der Stadt Luckenwalde mit den Ortsteilen Frankenfelde und Kolzenburg.</p>	<p>§ 1 Räumlicher Geltungsbereich</p> <p>Die Satzung gilt im gesamten Gemeindegebiet der Stadt Luckenwalde mit den Ortsteilen Frankenfelde und Kolzenburg.</p>	
<p>§ 2 Ablöse von Stellplätzen</p> <p>(1) Die Satzung regelt gemäß § 43 Abs. 3 Brandenburgischer Bauordnung (BbgBO) die Ermittlung des Ablösebetrages für nicht hergestellte notwendige Stellplätze (§43 BbgBO Abs. 1), die durch öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen der Stadt Luckenwalde und dem Bauherrn abgelöst werden.</p> <p>(2) Zur Ermittlung des durchschnittlichen Bedarfs wird die in der am 06.12.2005 beschlossenen örtlichen Bauvorschrift über die Zahl der notwendigen Stellplätze in der Stadt Luckenwalde (Stellplatzsatzung) unter § 2 Abs. 1 aufgeführten Anlage für den Stellplatzbedarf herangezogen.</p>	<p>§ 2 Ablöse von Stellplätzen</p> <p>(1) Die Satzung regelt gemäß § 49 Abs. 3 Brandenburgischer Bauordnung (BbgBO) die Ermittlung des Ablösebetrages für nicht hergestellte notwendige Stellplätze (§ 49 Abs. 1 BbgBO) die durch öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen der Stadt Luckenwalde und dem Bauherrn abgelöst werden.</p> <p>(2) Zur Ermittlung des durchschnittlichen Bedarfs wird die örtliche Bauvorschrift über die Zahl der notwendigen Stellplätze in der Stadt Luckenwalde (Stellplatzsatzung) in ihrer gültigen Fassung unter § 2 Abs. 1 aufgeführten Anlage für den Stellplatzbedarf herangezogen.</p>	

<p>§ 3 Ermittlung der Ablösebeiträge</p> <p>(1) Die Höhe des Ablösebetrages wird auf der Basis des § 43 Abs. 4 BbgBO ermittelt. Die Ablösebeiträge werden unter Zugrundelegung der anteiligen durchschnittlichen Herstellungs- und Grunderwerbskosten je notwendigen Stellplatz für eine anzurechnende Fläche von 25 m² festgesetzt.</p> <p>(2) Die anteiligen durchschnittlichen Herstellungskosten betragen 120,00 EURO/m² Stellplatz (einschließlich Fahrgassen) x 25 m² = 3.000,00 Euro/ Stellplatz.</p> <p>(3) Die anteiligen durchschnittlichen Grunderwerbskosten entsprechen der Lage des Grundstücks, auf dem die Verpflichtung zur Errichtung von notwendigen Stellplätzen entsteht, auf der Grundlage des Bodenrichtwertes festgesetzt. Der jeweilige Bodenrichtwert ist der zuletzt veröffentlichten Bodenrichtwertkarte, herausgegeben durch den Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Landkreis Teltow-Fläming, zu entnehmen.</p> <p>(4) Der Baukostenanteil nach Abs. 2 und der Grunderwerbsanteil nach Abs. 3 bilden in der Summe den Ablösebetrag je Stellplatz.</p>	<p>§ 3 Ermittlung der Ablösebeiträge KFZ-Stellplätze</p> <p>(1) Gemäß § 87 Abs. 4 Nr. 3 BbgBO kann die Gemeinde die Geldbeträge für die Ablösung notwendiger Kfz-Stellplätze bestimmen. Für die Berechnung des Ablösebetrages eines Kfz-Stellplatzes werden unter Zugrundelegung der anteiligen durchschnittlichen Herstellungs- und Grunderwerbskosten je notwendigen Stellplatz für eine anzurechnende Fläche von 25 m² festgesetzt.</p> <p>(2) Die anteiligen durchschnittlichen Herstellungskosten betragen 180,00 EURO/m² Stellplatz (einschließlich Fahrgassen) x 25 m² = 4.500,00 Euro/ Stellplatz.</p> <p>(3) Die anteiligen durchschnittlichen Grunderwerbskosten entsprechen der Lage des Grundstücks, auf dem die Verpflichtung zur Errichtung von notwendigen Stellplätzen entsteht, auf der Grundlage des Bodenrichtwertes festgesetzt. Der jeweilige Bodenrichtwert ist der zuletzt veröffentlichten Bodenrichtwertkarte, herausgegeben durch den Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Landkreis Teltow-Fläming, zu entnehmen.</p> <p>(4) Der Baukostenanteil nach Abs. 2 und der Grunderwerbsanteil nach Abs. 3 bilden in der Summe den Ablösebetrag je Stellplatz.</p>	
--	--	--

	<p>§ 4 Ermittlung der Ablösebeträge Fahrradstellplätze</p> <p>(1) Gemäß § 87 Abs. 5 Nr. 3 BbgBO kann die Gemeinde die Geldbeträge für die Ablösung notwendiger Abstellplätze für Fahrräder bestimmen.</p> <p>(2) Für die Berechnung des Ablösevertrages eines Abstellplatzes für Fahrräder werden die anteiligen durchschnittlichen Herstellungs- und Grunderwerbskosten je notwendigen Stellplatz von 3m² für einen einfachen Fahrradstellplatz und 4 m² für einen Doppelten Fahrradstellplatz festgesetzt.</p> <p>(3) Die anteiligen durchschnittlichen Herstellungskosten betragen 270,44 EURO /m² für einen einfachen Fahrradstellplatz und 223,96 EURO/m² für einen doppelten Fahrradstellplatz.</p> <p>(4) Die anteiligen durchschnittlichen Grunderwerbskosten entsprechen der Lage des Grundstücks, auf dem die Verpflichtung zur Errichtung von notwendigen Stellplätzen entsteht, auf der Grundlage des Bodenrichtwertes festgesetzt. Der jeweilige Bodenrichtwert ist der zuletzt veröffentlichten Bodenrichtwertkarte, herausgegeben durch den Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Landkreis Teltow-Fläming, zu entnehmen.</p> <p>(5) Der Baukostenanteil nach Abs. 2 oder 3 und der Grunderwerbsanteil nach Abs. 4 bilden in der Summe den Ablösebetrag je Stellplatz.</p>	<p>Beispielrechnung: einfacher Fahrradstellplatz: 270,44€ x 3m²=811,32€ 70,00€ x 3m²=<u>210,00€</u> 1021,32€</p> <p>doppelter Fahrradstellplatz: 223,96€ x 4m²=895,84€ 70,00€ x 4m²=<u>280,00€</u> 1175,84€</p> <p>Hier ist die Frage, ob wir nicht die Summen zusammenlegen und eine Summe berechnen. Egal ob doppelter oder einfacher Fahrradstellplatz. Ist für den Bürger glaube ich besser nachvollziehbar. Beispielrechnung (gebildeter Mittelwert aus dem einfachem und doppeltem Fahrradstellplatz) : 247,20€ x 3,5m²=865,20€ 70,00€ x 3,5m²=<u>245,00€</u> 1110,20€</p> <p>Formulierungsalternative §4 Absatz 2: Für die Berechnung des Ablösevertrages eines Abstellplatzes für Fahrräder werden die anteiligen durchschnittlichen Herstellungs- und Grunderwerbskosten für einen Fahrradstellplatz von 3,5 m² festgesetzt.</p>
--	--	--

<p>§ 4 Fälligkeit der Ablösebeträge</p> <p>Die Zahlung des Geldbetrages wird mit Baubeginn fällig.</p>	<p>§ 5 Fälligkeit der Ablösebeträge</p> <p>Die Zahlung des Geldbetrages wird mit Baubeginn fällig.</p>	
<p>§ 5 Sicherheitsleistungen, Vollstreckungsunterwerfung</p> <p>Leistet der Bauherr bei Abschluss des Stellplatzablösevertrages nicht die Sicherheit durch selbstschuldnerische Bankbürgschaft eines der deutschen Bankaufsicht unterliegenden Kreditinstituts, darf der Stellplatzablösevertrag seitens der Stadt Luckenwalde nur unterzeichnet werden, wenn sich der Bauherr der sofortigen Vollstreckung aus dem Stellplatzablösevertrag unterwirft.</p>	<p>§ 6 Sicherheitsleistungen, Vollstreckungsunterwerfung</p> <p>Leistet der Bauherr bei Abschluss des Stellplatzablösevertrages nicht die Sicherheit durch selbstschuldnerische Bankbürgschaft eines der deutschen Bankaufsicht unterliegenden Kreditinstituts, darf der Stellplatzablösevertrag seitens der Stadt Luckenwalde nur unterzeichnet werden, wenn sich der Bauherr der sofortigen Vollstreckung aus dem Stellplatzablösevertrag unterwirft.</p>	
<p>§ 6 Inkrafttreten</p> <p>Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.</p>	<p>§ 7 Inkrafttreten</p> <p>Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.</p>	